



HERBERT FRANKENHAUSER

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Mein Abstimmungsverhalten zum Euro-Rettungsschirm EFSF am 29.09.2011

Hilfeleistungen für unsere europäischen Partner können nicht dauerhaft oder gar grenzenlos gewährt werden und dürfen ihr Ziel, dem verschuldeten Mitglied der Eurozone wieder eine eigenverantwortliche Finanz- und Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, nicht aus dem Auge verlieren.

Ich teile nicht die Meinung, dass es unter diesen Umständen nur eine Option gäbe, nämlich den Ausbau der Europäischen Hilfseinrichtungen EFSF und ESM. Das Argument, dass die einzig praktikable Lösung „mehr Europa“ heißt, ist falsch. Eine größere und vielseitigere EFSF schafft die falschen Anreize. Verschwenderische Staaten werden unterstützt, während sparsame Staaten und deren Steuerzahler zusätzliche Lasten zu tragen haben. Gemeinsame europäische Staatsanleihen würden die Verantwortung der Länder für Ihre eigenen Schulden verwischen sowie die Schuldenaufnahme für Länder wie Deutschland verteuern.

Es besteht die Gefahr, dass die erweiterten Mittel des EFSF nicht zur Flankierung eines Schuldenschnitts oder zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsprobleme eingesetzt werden, sondern zu einer dauerhaften Unterstützung überschuldeter Staaten und damit der Errichtung einer dauerhaften Transfer- und Verschuldungsunion führen, in der einzelne

Mitgliedstaaten die Kosten übermäßiger Staatsverschuldung auf die Gemeinschaft abwälzen und die Staatsverschuldung insgesamt weiter anwächst.

Dabei ist mein Abstimmungsverhalten keinesfalls als „Nein“ zu Europa zu verstehen. Wer mich kennt, weiß: Ich bin ein großer Freund von Europa - aber ein mindestens ebenso großer Gegner der europäischen Bürokratie sowie der weiteren Übertragung von Hoheitsrechten nach Brüssel.

Die Solidarität mit unseren europäischen Partnern stelle ich gerade nicht in Frage. Ziel muss es sein, eine gemeinsame Stabilitätskultur zu entwickeln. Dazu gehört die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit automatischen Sanktionsmechanismen bei Regelverstößen. Die Stabilität unserer Währung darf nicht verhandelbar sein. Darüber hinaus muss die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wiederhergestellt werden, indem der Ankauf von Staatsanleihen beendet wird.

Die vorgeschlagene Erweiterung und Aufstockung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) darf zu keiner Sozialisierung und keiner Vergemeinschaftung nationaler Schulden führen. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass institutionelle Anleger wie Banken in die finanzielle Verantwortung genommen werden.

Schließlich kommt es für mich entscheidend darauf an, dass die internationalen Bemühungen zur Stabilisierung des Euro jetzt auch tatsächlich greifen und nicht in ein paar Tagen oder Wochen von der Wirklichkeit überholt werden. Dem deutschen Steuerzahler dann weitere künftige Belastungen präsentieren und zumuten zu müssen, würde dieser nach meiner Auffassung als inakzeptable „Salami-Taktik“ empfinden. Sollten jedoch größere Mitgliedstaaten wie Spanien oder Italien in Schwierigkeiten geraten,

ist der EFSF überfordert. Wenn es in der Eurozone zu einer Rezession kommt, ist zu befürchten, dass weitere Mitgliedstaaten in die Überschuldung abrutschen.

Dies kann ich nicht verantworten und habe deshalb der Erweiterung des EFSF nicht zugestimmt.